



**N I E D E R S C H R I F T**

**zum öffentlichen Teil**

**der 8. Sitzung des Seniorenbeirates (S/008/2016)**

**am Montag, 7. März 2016,**

**09:00 Uhr**

**im Neuen Rathaus, Beratungsraum 4, 4. Etage, Raum 13,  
Dr.-Külz-Ring 19, 01067 Dresden**

**Beginn der Sitzung:** 09:00 Uhr  
**Ende der Sitzung:** 11:25 Uhr

**Anwesend:**

**stimmberechtigte Mitglieder - Fraktionen**

Klaus Rentsch  
 Karl-Heinz Kathert  
 Siegfried Müßig  
 Dr. Fritz Michalczyk  
 Holger Zastrow

**stimmberechtigte Mitglieder - Sachkundige**

Gudrun Böhmig  
 Jürgen Eckoldt  
 Dr. Sieglinde Hauße  
 Gertraud Kasten  
 Klaus Kummer  
 Gabriele Lohse  
 Evelyn Müller  
 Dr. Stefan Ritter  
 Dr. Rotraut Sawatzki

**Abwesend:**

**stimmberechtigte Mitglieder - Fraktionen**

Dr. Peter Müller

**stimmberechtigte Mitglieder - Sachkundige**

Jürgen Dudeck  
 Monika Fiedler  
 Bernd Hahn

**Verwaltung:**

Erik Merz	Sozialamt
Tony Hirsekorn	Sozialamt
Annett Lohse	Sozialamt
Dr. Franziska Darmstadt	Gesundheitsamt

**Gäste:**

Andreas Brendel	ISOR e.V. TIG Dresden
Eleonore Krause	verdi Sen. Ausschuss
Ursula Prade	SWIS
Herr ?	Rentner

**Schriftführer/-in:**

Kerstin Kinscher Stadtratsangelegenheiten

# T A G E S O R D N U N G

## Öffentlich

- 1 Vorstellung/Ziele/Schwerpunkte
- 2 Festlegungen und Kontrolle der Beschlüsse des Seniorenbeirates
- 3 Niedrigschwellige Angebote - Nachbarschaftshelfer und Alltagsbegleiter
- 4 Psychische Erkrankung im Alter
- 5 Sucht im Alter
- 6 Altersarmut (schriftlicher Bericht)
- 7 Sonstiges/Allgemeines

## Nicht öffentlich

- 8 Sonstiges/Allgemeines

## Öffentlich

- 9 Förderung von Angeboten nach Fachförderrichtlinie Sozialamt vom 19. Oktober 2009 im Haushaltsjahr 2016 **V0908/15  
beratend**

## öffentlich

### Einleitung:

**Herr Stadtrat Rentsch** eröffnet die 8. Sitzung des Seniorenbeirates. Beschlussfähigkeit ist festgestellt. Die Ladung erfolgte form- und fristgerecht.

Der TOP 1 entfällt krankheitsbedingt.

Die Tagesordnung ändert sich wie folgt:

TOP 1: Festlegungen und Kontrolle der Beschlüsse des Seniorenbeirates

TOP 2: Niedrigschwellige Angebote - Nachbarschaftshelfer und Alltagsbegleiter

TOP 3: Psychische Erkrankungen im Alter

TOP 4: Sucht im Alter

TOP 5: Förderung von Angeboten nach Fachförderrichtlinie Sozialamt vom 19. Oktober 2009 - Haushaltjahr 2016

TOP 7: Sonstiges/Allgemeines - öffentlich

TOP 8: Sonstiges/Allgemeines - nicht öffentlich

Er schlägt vor, unter TOP 7 Sonstiges/Allgemeines das Thema „Regionaldialog Pflege“ durch Frau Dr. Sawatzki vorzustellen.

**Herr Kummer** bittet darum, als ersten Tagesordnungspunkt, über die vorbereiteten Themen für den Besuch vom Bürgermeister Stadtentwicklung, Bau und Verkehr, Herrn Schmidt-Lamontain, zu sprechen, da Herr Stadtrat Zastrow noch anwesend sei.

Die Mitglieder stimmen die so geänderte Tagesordnung und den Vorschlag von Herrn Kummer einstimmig ab.

**Herr Kummer** informiert, dass er die Frageliste für den Bürgermeister Stadtentwicklung, Bau und Verkehr zusammengefasst habe. Allerdings seien die Anliegen viel zu umfangreich gewesen, deshalb hat man auch um schriftliche Beantwortung gebeten. Herr Kummer nutze die Gelegenheit, in diesem neuen Beirat die Aufgaben nochmals darzulegen, weil man inhaltlich noch nie darüber gesprochen habe. Es müsse von den Kompetenzen unterschieden werden, was im Bereich des Seniorenbeirates liegt und wo andere federführend zuständig sind. Das seien meistens Ortsbeiräte, Ortsamtsleiter. Die Aufgabe des Seniorenbeirates nach der Geschäftsordnung sei die Beratung des Oberbürgermeisters und des Stadtrates. Er stelle fest, dass nicht der Autoverkehr die benachteiligte Verkehrsart ist, sondern der Fußverkehr und die Mittelverteilung nie in dieser Sicht betrachtet wurde. So gesehen sei die Aufgabe des Beirates, die Probleme im Fußverkehr entsprechend darzulegen. Herr Stadtrat Rentsch habe sich sehr für höhere Mittel engagiert, es sei allerdings inzwischen so, dass das Geld auf Grund von Personalmangel nicht verbaut werden könne. Es solle nach neuen Wegen gesucht werden. Dieses Thema müsse ständig hochgehalten werden, hat sich im Verkehrsentwicklungsplan in gewissem Maße in Bewegung gesetzt, es soll ein Fußwegekonzept erarbeitet werden. Eine Fehlinvestition sei, wenn nach wie vor nicht barrierefrei gebaut wird. Dieses Thema müsse bei der Teilnahme von Herrn Schmidt-Lamontain in einer der nächsten Beiratssitzung auf jeden Fall angesprochen und zu einer grundlegenden Herangehensweise geführt werden.

**Herr Stadtrat Rentsch** vermutet, dass das Interview von Herrn Stadtrat Zastrow der Anlass für die Ausführungen von Herrn Kummer sei.

**Herr Stadtrat Zastrow** erwidert, dass dies nur ein Interview seiner Rolle als Fraktionschef gewesen sei. Bei dem Thema Fußwege sei man sich komplett einig, dies sei aus seiner Sicht die größte Baustelle Dresdens. Für Fußwege werde viel zu wenig getan. Zur Straßenbeleuchtung habe es letztens einen Antrag im Stadtrat der CDU-Fraktion gegeben. Er erinnere daran, dass vor ca. 5 bis 6 Jahren vom Stadtrat eine Prioritätenliste einstimmig beschlossen wurde. Diese Liste hat bis zur Fertigstellung 3 Jahre gedauert, trotzdem sei nicht gebaut worden und informiert über das Thema Fußwege in der Dresdner Neustadt. Er schlägt dem Beirat vor, auf die Fraktionen zuzugehen. Es müsse in der Stadt einen Konsens geben, dass man von den Mitteln, die verteilt werden sollen, für Gehwege mehr einsetzt und zwar sofort, weil die Planung für Gehwege sehr lange dauere. In der Prioritätenabwägung fallen die Gehwege in der Regel hinten runter. Das betreffe die Gehwege, die Straßen, im Haushalt seien dafür 13 Millionen Euro eingestellt, gebraucht werden aber 40 Millionen Euro. Im Bereich Dresdner Verkehrsbetriebe (DVB) werde relativ wenig gespart, diese speisen sich aus den Gewinnen der DREWAG. Das laufe nicht über den Stadtrat, sondern es werden direkt von der DREWAG die Gewinne für die DVB zur Verfügung gestellt, deshalb werde dort sehr viel Geld eingesetzt. Er glaubt, man müsse darüber mit dem Bürgermeister Stadtentwicklung, Bau und Verkehr diskutieren. Auch geschlammte Fußwege in den denkmalgeschützten Gebieten sind heutzutage schwierig, da müsse an bestimmte Grundsätze herangegangen werden. Es müsse Druck in den Fraktionen gemacht werden.

**Frau Böhmig** verteilt im Auftrag von Herrn Dr. Müller, der krankheitsbedingt abwesend ist, eine Broschüre zum Thema „Revitalisierung Sachsenbad“ an die Mitglieder.

### **1 Vorstellung/Ziele/Schwerpunkte**

Entfällt.

### **2 Festlegungen und Kontrolle der Beschlüsse des Seniorenbeirates**

Es gibt keine offenen Zuarbeiten zu Festlegungen.

### **3 Niedrigschwellige Angebote - Nachbarschaftshelfer und Alltagsbegleiter**

**Frau Lohse, Sozialamt**, habe im Januar 2016 schon einmal über das Thema informiert, deshalb wolle sie den aktuellen Stand kurz ausführen. Ein Antrag auf Förderung einer Sachbearbeitung Pflegekoordination sei gestellt worden, den Zuschlag habe man erhalten. Der Stand jetzt sei, man befinde sich im beginnenden, externen Ausschreibungsverfahren. Es gehe hauptsächlich um die Weiterentwicklung der Infrastruktur im pflegerischen Bereich in Dresden, vernetzende Tätigkeiten und Akquise von Nachbarschaftshelfern und Alltagsbegleitern. Die Alltagsbegleiter unterstützen die Senioren/Seniorinnen, die noch keinen Pflegebedarf haben. In Dresden habe man 7 Vereine am Start, die Alltagsbegleiter begleiten, akquirieren. Zum Thema Nachbarschaftshelfer könne jeder einen Kurs belegen bei der Pflegekasse. Wenn die Leistungen als Nachbarschaftshelfer bei Personen angeboten werden, der einer anderen Pflegekasse angehört, sei sozusagen die statistische Erfassung aus dem Ruder. Es gebe eine Koordinierungsstelle für Sachsen mit Sitz in Chemnitz. Aktuell sind 31 Nachbarschaftshelfer am Start. Auf jeden Fall wer-

de die Stelle Sachbearbeitung Pflegekoordination dafür zuständig sein, diese Angebote in die Öffentlichkeit zu bringen und natürlich eine Akquise/Begleitung der Angebote vorzunehmen.

**Herr Eckoldt** fragt nach den Ansprechpunkten, zum Beispiel Telefonnummer, von Bedürftigen.

Man finde auf der Internetseite [www.nachbarschaftshelfer-sachsen.de](http://www.nachbarschaftshelfer-sachsen.de) die sachsenweite Telefonnummer für die Alltagsbegleiter, dort seien auch die anbietenden Vereine gelistet, antwortet **Frau Lohse, Sozialamt**. Die Nachbarschaftshelfer könne man bei der Pflegekasse erfragen, aber auf Grund des Datenschutzes können nur bedingt ausgebildete Nachbarschaftshelfer herausgegeben werden. Es sei die Erarbeitung einer Übersicht unter Beachtung des Datenschutzes geplant, dass Dresdner gut auf die Angebote zugreifen können. In Dresden Klotzsche zum Beispiel gebe es einen Ansprechpartner in der Begegnungsstätte, da sei es relativ einfach, in dem Sozialraum einen Helfer zu finden. Sie sendet der Schriftführerin die Links elektronisch zur Weiterleitung an die Mitglieder zu.

**Frau Dr. Sawatzki** interessiert sich zu den ausgebildeten Nachbarschaftshelfern, die einen Kurs besuchen, der nach 3 Jahren erst wiederholt wird, wer die Qualität in der Zwischenzeit prüfe und wer sie begleiten könne. Bei der Vermittlung von ausgebildeten Nachbarschaftshelfern müsse etwas passieren, dies sei ein großes Problem.

Gibt es eine finanzielle Abgeltung für die Alltagsbegleiter, fragt **Herr Stadtrat Rentsch**?

**Frau Lohse, Sozialamt**, führt aus, dass jeder bei seiner Pflegekasse einen Kurs belegen, dann als Nachbarschaftshelfer tätig werden und bis zu 2 Personen betreuen könne. Dies sei immer eine Vereinbarung auf einer privatrechtlichen Basis, sodass die Verwaltung überhaupt keine Steuerungsmöglichkeiten habe, es gebe auch keine Beschwerdestelle oder jemanden, der die Qualität reguliert.

**Frau Dr. Sawatzki** ergänzt, dass es wohl in keinem Bundesland richtig gesichert sei. Die wenigsten Bundesländer haben wohl überhaupt so eine Verordnung für die niedrigschwelligen Angebote.

Zu den ganz konkreten Beträgen, die Nachbarschaftshelfer und Alltagsbegleiter erhalten, sendet **Frau Lohse, Sozialamt**, der Schriftführerin eine Information zu. Auf jeden Fall finanziert die Nachbarschaftshelfer das SGB XI, die Alltagsbegleiter die SAB. Die Frage nach Ausbildung/Nachfrage beantwortet Frau Lohse so, dass die Datenbank nur gefüllt werde, wenn die ausgebildeten Nachbarschaftshelfer ihre Daten an die Koordinierungsstelle senden. Man wolle regionale Lösungen finden. Es schwebte vor, in Zusammenarbeit mit der kommunalen Sozialarbeit mit den geförderten Trägern der Seniorenberatung nach einer Lösung zu suchen und unter Beachtung des Datenschutzes und einer privatrechtlichen Basis zu vermitteln. Da könne man allerdings eine Qualitätssicherung nicht leisten.

**Frau Lohse, G.** fragt, ob nicht auch die Sozialarbeiter in den Ortsämtern eine Funktion übernehmen könnten, das halte sie für wichtig.

**Frau Lohse, Sozialamt**, sagte dies bereits. Die Sozialarbeiter in geförderter Trägerschaft seien gute Partner, um in Dresden so ein Netz aufzubauen. Sie ergänzt, dass Herr Dudeck seit Februar

2016 in der Arbeitsgruppe Pflegenetz - ambulante Versorgung - mitwirke, der Seniorenbeirat sei somit ein Stück vertreten und könne die Prozesse mitgestalten.

Es gibt keine weiteren Fragen/Ergänzungen und **Herr Stadtrat Rentsch** schließt den Tagesordnungspunkt ab.

#### **4 Psychische Erkrankung im Alter**

**Frau Dr. Darmstadt** berichtet über das Thema anhand einer Präsentation wie folgt:

- Grundlagen und Strukturen
- Leistungen gemeindepsychiatrischer Verbund 2015
- Planungen/Ausblick
- Sozialpsychiatrischer Dienst
- Psychosoziale Kontakt- und Beratungsstellen
- BBT-Stellen
- Gerontopsychiatrische Fachkraft.

Im Anschluss informiert sie vorab über die Termine - 23. September 2016 „Alzheimerstag“ - und 10. Oktober 2016 „Tag seelischer Gesundheit“.

**Frau Böhmig** stellt fest, dass es bei den älteren Menschen über 60 Jahre die meisten Suizide gebe und fragt, wie dies sein könne.

Aus der Suizidforschung ist bekannt, dass es ca. 9000 bis 10 000 Suizide in Deutschland gebe, erwidert **Frau Dr. Darmstadt**, die meisten von allein lebenden älteren Männern. Die Uniklinik, Arbeitsgruppe Suizidforschung/Suizidprävention, befasse sich damit und es gebe immer wieder Aufklärungen, auch für Hausärzte, dieses Thema anzusprechen. Es habe auch vermutlich zu tun mit vielen depressiven Erkrankungen im Alter. Des Weiteren ergänzt sie, dass zum Thema „Vorsorgevollmacht/Betreuungsvollmacht“ mehrfach im Jahr in der Betreuungsbehörde Informationsveranstaltungen stattfinden.

**Frau Dr. Sawatzki** trägt die Bitte an Frau Dr. Darmstadt, sie sei schon mehrfach von Schwesternpersonal angesprochen worden, dass sich die Hausärzte kurze Tipps und Hinweise zur Vorsorgevollmacht in Plakatform (warum, weshalb, was kann ich regeln, was ist zu bedenken) zum Aushängen in der Praxis wünschen.

**Frau Dr. Darmstadt** antwortet, dies müsse juristisch in Ordnung sein und so etwas sei bereits in der AG Betreuung gemacht und als Beilage im KV-Blatt veröffentlicht worden.

**Frau Lohse, Sozialamt**, meint, dies sei eine Sache für das Sozialamt, Betreuungsbehörde, und nimmt das mit.

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen und **Herr Stadtrat Rentsch** schließt den Tagesordnungspunkt ab.

## 5 Sucht im Alter

Entfällt.

## 6 Altersarmut (schriftlicher Bericht)

**Frau Lohse, Sozialamt**, informiert zum Thema Altersarmut und übergibt den Mitgliedern den schriftlichen Bericht. Dieser wird der Niederschrift beigelegt.

## 7 Sonstiges/Allgemeines

„Regionaldialog Pflege stärken - Mittelsachsen“ vom 4. März 2016.

**Herr Stadtrat Rentsch** teilt mit, dass dieser Dialog unter der Leitung des Bundesministeriums gelaufen sei und übergibt das Wort an Frau Dr. Sawatzki.

**Frau Dr. Sawatzki** berichtet über o. g. Thema anhand der beiliegenden Präsentation. Ergänzend fügt Frau Dr. Sawatzki hinzu, dass sie in der Fachkommission Gesundheit und Pflege der BAXO mitarbeitet und habe für eine Sitzung das Thema „Pflegestützpunkte oder Pflegenetz - der sächsische Weg“ vorgeschlagen. Eine Vertreterin des Voigtlandkreises berichtete dort, wie ein Pflegenetz geschaffen sei und was es leiste. Man war so begeistert, dass das PSG III, welches die Verantwortung für die Kommune festschreibt, eine Förderung für den Aufbau von Pflegenetzen in Kommunen erhalten habe. Fazit sei, dass man etwas erreichen könne, wenn man an der richtigen Stelle etwas sagt.

**Frau Kasten** interessiert sich, wie die Informationen, außer bei den Pflegestammtischen, an die Pflegenden und Helfer kommen. In der Praxis sei es ganz anders. Es erreiche diejenigen nicht richtig, die es betreffe. Viele Dinge passieren nur auf dem Papier und nicht in Wirklichkeit. Das mache ihr große Sorgen, die Kontrolle fehle.

**Frau Dr. Sawatzki** antwortet, Informationen zum Pflegenetz Sachsen stehen im Internet. Beratung dazu habe man in der Stadt, auch sozialräumlich, sehr breit aufgestellt. Außerdem gebe es eine große Liste an Informationsmaterial über die neuen Gesetzlichkeiten. Des Weiteren fügt sie hinzu, dass es nicht umsonst das PSG III gebe, welches die Verantwortung der Kommune für die Pflege festschreibt. Der schwierigste Punkt sei die wirkliche Qualitätskontrolle vor Ort bei der Pflege, das gehe nur durch eine kurzfristige/plötzliche Überwachung durch einen Verband oder Verein. Man solle auch Beschwerdestellen weitgehend wahrnehmen.

**Frau Kasten** erwidert, dass nicht jeder Internet habe.

Da könne man die Ortsämter besuchen, Presse lesen, es gebe unendlich viele Materialien zur Aufklärung, antwortet **Frau Dr. Sawatzki**.

Die Pflegeberatung sei eine klassische Aufgabe der Pflegekasse, fügt **Frau Lohse, Sozialamt**, hinzu.



In der Pflegestufe I und II müsse man halbjährlich den Pflegedienst zur Prüfung akquirieren, da könne man sich auch gut beraten lassen. Sie gibt Frau Kasten den Hinweis, ihre gute Stellung zu nutzen, als Multiplikator zu wirken. Jeder Hilfebedürftige bzw. seine Angehörigen müsse sich kundig machen, es gibt kompetente Stellen, die Unterstützung geben können.

**Frau Müller** fragt, wo die Pflegekasse sei.

Die Pflegekasse ist ein Teil der Krankenkasse, antwortet **Frau Lohse, Sozialamt** und erläutert dies ausführlich. Sie geht nochmals auf die Qualität ein und fügt hinzu, wenn die Leistung nicht erbracht werde, sollte derjenige, der dies in Anspruch nimmt, nicht unterschreiben oder den Pflegedienst wechseln.

**Herr Dr. Michalczyk** unterstützt die Aussagen von Frau Kasten und kenne dies aus eigener Erfahrung. Er schlage deshalb vor, bei Inkrafttreten eines neuen Gesetzes einmalig einen Flyer durch die Pflegekasse zu erstellen. Ihn interessiere, ob die Leistungsförderung von zusätzlichen 2,4 Millionen Euro zum PSG I nur für Dresden oder bundesweit gültig sei, bei dem Umfang viel zu wenig.

**Frau Dr. Sawatzki** antwortet bundesweit und sie sehe es genauso. Eine Liste von Broschüren zu den Pflegestärkungsgesetzen füge sie der Niederschrift bei.

**Herr Dr. Michalczyk** regt nochmals an, einen ansprechenden Flyer zu erstellen.

**Frau Lohse, Sozialamt**, fügt hinzu, dass die Pflegekassen verpflichtet sind, einen persönlichen Ansprechpartner zu benennen, der bei Fragen kontaktiert werden könne. Außerdem hätten die Pflegekassen zugesichert, dass es im Herbst 2016 ein Infoblatt zu Leistungsänderungen geben werde, da ab Januar 2017 Veränderungen in Größenordnung eintreten.

**Frau Dr. Hauffe** ergänzt zu den Ausführungen von Frau Kasten, dass es in den Schwerpunktbegegnungsstätten Sozialarbeiter gebe. Diese Begegnungsstätten seien wohnortnah.

Die Liste zu den Begegnungsstätten sendet **Frau Lohse, Sozialamt**, der Schriftführerin zu.

Zu den Ausführungen von Frau Dr. Sawatzki möchte **Frau Böhmig** ergänzen, dass das Netz der gesetzlichen Bedingungen sehr dicht gestrickt wäre. In das gesamte System fließen relativ viele Mittel ein. Sie habe gelesen, dass bei den Suizidfällen 30 Prozent über 60 Jahr alt sind, das be- wege sie. Dies erscheine ihr als ein Widerspruch und fragt, wie man das lösen könne.

**Frau Dr. Sawatzki** äußert, dass dies kein Gesetzgeber lösen könne, das sei ein soziales Problem.

Die Genossenschaft „Aufbau“ zum Beispiel habe ein Informationsblatt mit Anschriften für Be- treuung, Selbsthilfe usw., erwidert **Frau Müller**.

48 Prozent der zu Pflegenden würden von Angehörigen betreut und gepflegt, äußert **Frau Lohse, G.** und fügt hinzu, Vorbereitung und Unterstützung der Angehörigen, Schulungen, das sei ein ganz wichtiger Punkt, und müsste über Kassen organisiert werden. Ein Lösungsweg wäre, wenn gut organisiert, Angehörige die Pflege mit übernehmen könnten.

**Herr Stadtrat Rentsch** ergänzt abschließend, dass die Informationspflicht ein ganz wichtiges Thema sei und eventuell wäre es möglich, dies in die Presse einzubringen, um an die breite Öffentlichkeit zu treten.

Es gibt keine weiteren Fragen und Herr Stadtrat Rentsch schließt den Tagesordnungspunkt ab.

**9 Förderung von Angeboten nach Fachförderrichtlinie Sozialamt vom 19. Oktober 2009 im Haushaltsjahr 2016 V0908/15 beratend**

**Herr Stadtrat Rentsch** stellt fest, dass die Förderrichtlinie vom Sozialamt von 2009 ist, das liege schon sehr lange zurück.

**Herr Hirsekorn und Herr Merz** stellen die Vorlage ausführlich vor und beantworten unter anderem folgende Fragen:

**Herr Merz** antwortet auf die Frage von Herrn Stadtrat Rentsch zur Fachförderrichtlinie dahin gehend, solange die Richtlinie „Städtische Zuschüsse“ von 2001 nicht geändert wird, werde die Notwendigkeit nicht gesehen, diese Förderfachrichtlinie zu ändern.

**Frau Müller** stellt die Frage, ob die 10 000 Euro zu den Ausstattungen von Außenwohngruppen und Kleinmaßnahmen eine Festgröße sei oder wie diese zustande gekommen ist.

**Herr Merz** informiert, das sei ein Wert, der kommunal so vorgegeben wurde und bisher diese Mittel ausgereicht haben.

Was muss eingereicht werden, wenn allgemein ein Antrag auf Erhöhung gestellt wird, fragt **Frau Dr. Sawatzki**, zum Beispiel beim Projekt St. Pauli Ruine wurde auf 30 000 Euro, um 50 Prozent, erhöht mit welcher Begründung?

**Frau Lohse und Herr Merz vom Sozialamt** antworten, dass alle Träger, die einen Antrag stellen, eine Konzeption einreichen müssen. In 2015 habe es eine einmalige Budgeterhöhung gegeben, man konnte somit eine gewisse auskömmliche Finanzierung absichern, aber die Mittel wurden im November 2015 erst wirksam und da sei personalkostentechnisch nichts mehr zu regeln. St. Pauli hatte eine Förderung von 24 000 Euro, die sei ein Stück weit eingeschmolzen worden und der Träger hat das, was eingeschmolzen war, neu beantragt. Außerdem gebe es tarifrechtliche Personalkosten- und Sachkostenerhöhungen, die berücksichtigt werden müssen. Personalkosten habe man zugunsten von Sachkostenminderung konstant gehalten, damit sei eine große Lücke in der Sachkostenförderung entstanden, diese beantragen Träger logischerweise nach. Gespräche führe man mit den Trägern, dies passiere meist vor den Doppelhaushalten, damit auskömmliche Finanzierungen gesichert werden.

**Herr Stadtrat Rentsch** fragt, ob es gravierende Unterschiede zu 2015/2016 gebe.

Grundsätzlich gebe es keine Unterschiede, erwidert **Herr Merz**. Zwischendurch sei im Ausschuss für Soziales das Budget beim Thema „Pflegebedürftige und Senioren“ erhöht worden, diese Erhöhung falle im Jahr 2016 wieder weg.

Dies bedeute keine Kürzung von Leistungen, fragt **Herr Stadtrat Rentsch**?

Doch, dies könne Leistungskürzung beinhalten, antwortet **Frau Lohse, Sozialamt**, weil das Förderbudget zu 2015 in 2016 gekürzt wurde. Mit den geförderten Trägern führe man Gespräche, wie die Umsetzungsprobleme gelöst werden können.

**Frau Dr. Hauffe** spreche nur für die Begegnungsstätten. Fakt seien die gestiegenen Kosten, zum Beispiel die Umsetzung des Mindestlohnes.

Anschließend möchte **Herr Stadtrat Rentsch** wissen, ob diese negativen Erscheinungen mit in die Haushaltsberatung eingeflossen seien.

**Herr Merz** sei informiert, dass Leistungen teilweise eingeschränkt werden müssen, die Träger versuchen aber, im Jahr 2016 alles durch zu bekommen, dies sei sehr schwierig. Spätestens 2017 gebe es definitiv Leistungseinschränkungen.

Frau Lohse, Sozialamt, wird von **Herrn Stadtrat Rentsch** gebeten, in der nächsten Sitzung des Beirates über mögliche Leistungseinschränkungen 2016, die aus dem vorhandenen Förderbudget resultieren sowie über die Schwerpunkte der Haushaltsplanung 2017/2018 zu berichten.

**Herr Dr. Michalczyk** fragt, wie die Erhöhung der Kosten durch die Asylbewerber sei.

Die Asylproblematik sei jetzt aktuell in der Senioren- und Altenhilfe noch nicht angekommen, äußert **Frau Lohse, Sozialamt**. Menschen, die nach Dresden kommen, seien deutlich jünger als 60 Jahre.

Er sehe das anders, meint **Herr Dr. Michalczyk**. Im gehe es um die richtige, wahre Vorausplanung.

**Frau Lohse, Sozialamt**, wiederholt ihre bereits gesagten Ausführungen Aktuell könne man sagen, es gibt keine Auswirkungen auf die Senioren- und Altenhilfe. In der Asylpolitik werden bei der Anerkennung, wie wird in den Arbeitsmarkt integriert, größere Anstrengungen aufgenommen. Man habe es aber im Blick.

Könne man nicht prognostisch sagen, wie viele Kosten entstehen, fragt nochmals **Herr Dr. Michalczyk**.

Planungstechnisch müsse schon in die Zukunft orientiert werden, sagt **Frau Lohse, Sozialamt**. Aber zum heutigen Stand könne keine Auskunft gegeben werden, sie holt es nach.

Es gibt keine weiteren Fragen/Ergänzungen und die Mitglieder stimmen die Vorlage wie folgt ab:

Abschließend stellt **Herr Stadtrat Rentsch** die Frage, wann mit einer Überarbeitung der Fachförderrichtlinie Sozialamt vom 19. Oktober 2009 zu rechnen sei.

**Herr Merz** führt nochmals aus, dass ein Auftrag ausgelöst werden müsse. Die Meinung von Frau Dr. Kaufmann dazu kenne er nicht.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung

Ja 13 Nein 0 Enthaltung 1

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen und **Herr Stadtrat Rentsch** beendet die 8. Sitzung des Seniorenbeirates.

Klaus Rentsch  
Vorsitzender

Kerstin Kinscher  
Schriftführerin

Gertraud Kasten  
Mitglied

Karl-Heinz Kathert  
Mitglied